

Wirtschaftslobby lanciert Plattform für Kampagnen – und hilft darauf ihren Gegnern

Unterschriften für Mitte-links-Anliegen Die Familienzeitinitiative fordert je 18 Wochen bezahlten Urlaub für Mütter und Väter. Die mächtigen Verbände um Economiesuisse lehnen sie ab, greifen den Befürwortern aber trotzdem unter die Arme. Warum nur?

Konrad Staehelin

Bloss kein weiterer Ausbau des Sozialstaats! Die grossen Wirtschaftsverbände Economiesuisse, Arbeitgeberverband und Gewerbeverband haben eine klare Antwort darauf, was die Schweizer Politik nach dem US-Zollschock vor gut zwei Wochen zu tun und insbesondere zu lassen hat. Da mutet es kurios an, dass sie seit neuestem eine Volksinitiative im Sammelstadium unterstützen, die die Arbeitnehmenden und -gebenden belasten würde.

Letzten Mittwoch haben die Wirtschaftsverbände zusammen eine Kampagnenplattform ins Leben gerufen. Sie heisst Civic, ist als Verein organisiert und soll laut Selbstdeklaration Menschen unterstützen, «die Verantwortung für eine liberale, innovative und wirtschaftlich starke Schweiz übernehmen wollen». Interessengruppen, Parteien oder Verbände können darüber Unterschriften sammeln. Petitionen lassen sich direkt online unterzeichnen, für Referenden und Initiativen steht jeweils der Unterschriftenbogen inklusive Argumentarium zum Download bereit.

Erwartbar bis überraschend

Zuoberst auf der Website findet sich eine Petition des Techverbands Swissmem, die unter anderem «Keine höheren Abgaben – Ausbau des Sozialstaats stoppen» fordert. Daneben steht eine Petition, mit der der Gewerbeverband ein «KMU-Revitalisierungsprogramm» und damit den Abbau von Bürokratie und Abgaben fordert. Es sind Anliegen, wie man sie erwarten durfte.

Doch direkt darunter kommt die Überraschung, dort wirbt die Familienzeitinitiative um Unterschriften. Dahinter steht eine Par-



Wie lange soll der bezahlte Babyurlaub für Väter sein? Die Familienzeitinitiative will die Dauer verneunfachen. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

teienallianz aus SP, Grünen, GLP und Mitte-Frauen. Neben vielen anderen Organisationen engagieren sich der Gewerkschafts-Dachverband Travailsuisse und der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen Alliance F für das Anliegen.

Die Initianten fordern pro Elternteil nach der Geburt eines Kindes 18 Wochen Urlaub. Bezahlt würde das über die Erwerbsersatzordnung (EO), die Arbeitgeber und -nehmer heute mit

0,5 Lohnprozent finanzieren. Die Firma Ecoplan schätzt die zusätzlichen Kosten auf gut eine Milliarde Franken pro Jahr. Überschlagsmäßig dürften die EO-Abgaben dadurch auf 0,7 Prozent steigen.

Die Haltung der Wirtschaftsverbände ist darum klar ablehnend. «Dabei handelt es sich nur um eine kurzfristige Massnahme, die das Grundproblem nicht löst», schreiben die Arbeitgeber.

Und Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl sagt: «Der In-

itiative stehen wir sehr kritisch gegenüber. Eine offizielle Parole fassen wir bei Initiativen aber erst vor der Abstimmung.»

Ganzes Spektrum abgebildet

Warum also hilft die Wirtschaftslobby ihren Gegnern? «Civic will bewusst die ganze Breite des liberal-bürgerlichen Lagers abbilden», schreibt Peter Gehler, Präsident des Trägervereins. Der Vorstand entscheide von Fall zu Fall über die Aufnahme von An-

verbänden nicht komplett entgegenläuft, darf auf die Plattform. Keine Chance hätte etwa die Erbschaftssteuerinitiative der Jungsozialisten, die im November zur Abstimmung kommt.

Wirtschaftliche Argumente

Die Elternzeitinitianten verweisen aber nicht nur darauf, dass sich durch die 18 Wochen Elternzeit die Beziehung zwischen Vater und Kind verbessere und das dem Kindeswohl zugutekomme. Sie argumentieren primär wirtschaftlich und verweisen dafür auf die Ecoplan-Untersuchung: Laut dieser machen die volkswirtschaftlichen Vorteile die Mehrkosten langfristig wett.

Die Erfahrung im Ausland zeigt, dass in Ländern mit Elternzeit Frauen nach ihrer Babypause öfter und mit höheren Pensum ins Erwerbsleben zurückkehrten. Dies unter anderem deswegen, weil die Elternzeit die Väter dazu animiere, sich zu Hause stärker zu engagieren. Je nach angenommener durchschnittlicher Lohnsteigerung könnte es aber Jahrzehnte dauern, bis die Mehreinnahmen über Steuern und Sozialversicherungen die Kosten gedeckt hätten.

Ein Anliegen, das laut den Initianten gut für die Volkswirtschaft ist, wollte Civic nicht ablehnen. Es geht ihnen dabei auch darum, den Fokus ihrer Plattform nicht von Anfang an zu verengen. Die Linken haben mit Wecollect und Campax bereits zwei Plattformen, die Rechten betreiben die Seite «Team Freiheit». Nun wollen auch die Wirtschaftsliberalen eine aktiver Rolle im digitalen Campaigning spielen. Liessen sie auf ihrer Seite nur Anliegen zu, hinter denen sie selbst stehen, wäre das Projekt gescheitert, bevor es Fahrt aufgenommen hat.